

# stuttgart liberal

Neues aus dem FDP-Kreisverband Stuttgart



## Wahlkreis-Konferenz zur Aufstellung der Landtagskandidaten/innen aller vier Stuttgarter Wahlkreise

am Dienstag, den 08. Juni 2010, um 19.30 Uhr  
im Ratskeller Stuttgart, Marktplatz 1

### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Stimmberechtigung
3. Wahl eines Versammlungsleiters
4. Wahl eines Schriftführers
5. Wahl eines Vertrauensmannes(frau) und eines Stellvertreters
6. Wahl von zwei Mitgliedern zur Abgabe der eidesstattlichen  
Versicherung über die schriftliche und geheime Wahl der  
Bewerber
7. Wahl einer Zählkommission
8. Wahl der Bewerber und der Ersatzbewerber in den Wahlkreisen  
Stuttgart 1 - 4
9. Verschiedenes

Stimmberechtigt sind bei dieser Wahlkreis-Konferenz alle Mitglieder der FDP, die ihren Hauptwohnsitz in Stuttgart haben (unabhängig von der Zugehörigkeit zum Kreisverband) und wahlberechtigt sind, also die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und zum Zeitpunkt der Wahlkreis-Konferenz das 18. Lebensjahr vollendet haben.



### Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

auf Bundesebene hat die (zwischenzeitlich nicht mehr ganz neue) Koalition wohl nun eine gemeinsame Marschrichtung gefunden – das Auftreten signalisiert zumindest allmählich eine einheitliche Richtung. Auch wenn der Bundesfinanzminister noch immer keinen Spielraum für Steuerentlastungen sieht. Traurig, dass für die Automobilindustrie, für Bankenrettungsschirme oder zur Stabilisierung des EURO auf wundersame Weise immer wieder Milliardenbeträge plötzlich zur Verfügung stehen. Wie groß ist der Trugschluss, dass unser Staat von einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger „nichts hat“ – ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dem zusätzlichen „Mehr Netto“ nicht ihre Sparrate erhöhen, sondern ein großer Teil in den Konsum fließen wird und somit Produktionsbetriebe, Handel- und Handwerk, Dienstleistungsbetriebe, .... beleben wird, Arbeits- und Ausbildungsplätze sicherstellt und letztendlich über diese Wege auch wieder den steuerlichen Rückfluss in die Staatskassen finden wird.

Es wird derzeit heftigst kritisiert, wie es zu der Misere in Griechenland kommen konnte und

warum hier kein „Frühwarnsystem“ längst Alarm geschlagen habe? Gäbe es ein solches „Frühwarnsystem“, so würden aber auch bei uns die „Sirenen heulen“ – denn die Bundespolitik der vergangenen Jahre steuert leider in eine vergleichbare Richtung. Nicht ohne Grund fordern wir mit unserer FDP daher einen Politikwechsel!

Leider haben die Wählerinnen und Wähler trotz mehrfacher Erklärungen im Vorfeld eine „Big-Bang-Lösung“ unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung erwartet, die aktuelle Änderungspolitik in kleinen Schritten wird von den Bürgerinnen und Bürgern nur als unzureichend wahrgenommen.

Es gilt zu befürchten, dass wir bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen am kommenden Sonntag für diese falsche Wahrnehmung „abgestraft“ werden – aktuell können wir nur auf die Vernunft und Besonnenheit der Rheinländer hoffen, denn Rot-Rot-Grün DARF in unserem Land keine Alternative sein und in NRW darf hierfür kein Prototyp geschaffen werden.

Die NRW-Wahl darf keinen neuen „Trend“ einläuten – dieser Richtungswechsel würde auch uns bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg unnötig die Arbeit erschweren.

Mir ist bekannt, dass diese von mir angeschnittenen Themen Sie auch im Rahmen der Stadtgruppensitzungen beschäftigen und umtreiben. Ich möchte Sie daher auffordern, auch in augenscheinlich schwierigen Zeiten, den liberalen Gedanken zu verteidigen und verstärkt in die Bevölkerung zu tragen.

Herzlichst Ihr

## Inhalt

- 03 Aus dem Kreisvorstand
- 07 Aus der Bundestagsfraktion
- 08 Aus der Gemeinderatsfraktion
- 12 Aus den Stadtgruppen
- 13 Neues von den Jungen Liberalen
- 14 Neues von den Liberalen Frauen
- 16 Neues von den Liberalen Senioren
- 17 Liberale Initiative Mittelstand e.V.
- 18 Personalien
- 20 Leserbrief
- 21 Termine
- 19 Impressum

## Aufruf Kandidatinnen und Kandidaten Landtagswahl 2011

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 26.03.2011 wirft bereits ihre Schatten voraus.

Es steht uns ein harter Wahlkampf bevor – und dies nicht nur weil die „heiße Phase“ des Wahlkampfes in den Wintermonaten stattfinden wird.

Einige potentielle Kandidatinnen und Kandidaten haben uns bereits ihre Bereitschaft zur Kandidatur signalisiert oder wurden uns vorgeschlagen. Entsprechende Gespräche finden bereits statt.

Daher unser Aufruf: Wenn Sie für einen unserer vier Wahlkreise als Erst- oder Zweitbewerber kandidieren möchten, so nehmen Sie bitte umgehend Kontakt mit unserer Kreisgeschäftsführerin auf und bekunden damit Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft zur Kandidatur.

Der Kreisvorstand hat beschlossen, dass sich die Interessentinnen und Interessenten für eine Kandidatur, den Mitgliedern des Kreisverbandes bereits im Vorfeld der am 08. Juni 2010 stattfindenden Wahlkreis-Konferenz im Rahmen einer Sonderausgabe von stuttgart liberal vorstellen. Hiefür haben wir eine Art von „Steckbrief“ entworfen, der Ihnen den Vergleich der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten erleichtern soll.

Wir bitten an dieser Stelle alle potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten, sich bereits JETZT zu den Absichten ihrer Kandidatur zu bekennen und auch klar zu äußern, um welchen Wahlkreis sie sich bewerben möchten. Die Mitglieder haben das Recht bereits im Vorfeld zu erfahren, welche Kandidatinnen und Kandidaten „ins Rennen starten“ – jedoch können auch am Wahlabend noch „Überraschkandidaten“ dazukommen.

Wir möchten eine gute, zügige und konstruktive Wahlkreis-Konferenz durchführen, auf welche sich die Mitglieder mit Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten vorbereiten können.

Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen und haben von der Kapazität der Räumlichkeiten entsprechend geplant.

Mit liberalen Grüßen

Armin Serwani  
Kreisvorsitzender

Die Jungen Liberalen bieten allen Kandidaten an, sich in einem Informationsgespräch vorzustellen. Die Termine hierfür sind die Kreisvorstandssitzungen am Montag, den 10.05. und Dienstag, den 18.05. jeweils ab 19:30 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle der FDP (Weißenburgstr. 29). Eine formlose Anmeldung bei Sebastian Gratz unter [sebastian@julius-stuttgart.de](mailto:sebastian@julius-stuttgart.de) ist erwünscht.

## Beschlüsse der Jahreshauptversammlung

### Ernennung von Ingrid Walz zur Ehrenvorsitzenden

Die frühere Kreisvorsitzende der Stuttgarter FDP, Stadträtin und Fraktionsvorsitzende sowie Landtags- und Bundestagsabgeordnete Ingrid Walz wird zur Ehrenvorsitzenden im FDP Kreisverband Stuttgart ernannt.

*Ingrid Walz, die 1936 in Stuttgarter geboren wurde, ist eine der profiliertesten Liberalen unseres Kreisverbandes. Im Jahre 1962 trat sie in die FDP ein, bereits 1958 wurde sie Mitarbeiterin der FDP-Landtagsfraktion. 1976 wurde Ingrid Walz im Wahlkreis Stuttgart I (S-Nord, West, Mitte, Süd) als Abgeordnete in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt, dem sie bis 1984 angehörte. Bei der Kommunalwahl 1984 wurde sie in den Stuttgarter Gemeinderat gewählt und wirkte dort auch als Fraktionsvorsitzende. 1989 wechselte Ingrid Walz als „Nachrückerin“ für den damaligen Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Dr. Martin Bangemann, der als EU-Kommissar nach Brüssel berufen wurde, in den Bundestag, dem sie bis 1994 als Abgeordnete angehörte.*

*Ingrid Walz hat auch politische Verantwortung übernommen. Sie war lange Jahre Vorsitzende der Deutschen Jungdemokraten, viele Jahre stellvertretende Kreisvorsitzende und schließlich auch Kreisvorsitzende der Stuttgarter FDP. Im Landesverband war sie stellvertretende Landesvorsitzende und bis heute hat sie den Vorsitz des Landesfachausschusses Wirtschaftliche Zusammenarbeit inne.*

*Die Jahreshauptversammlung würdigt diese Verdienste und das Engagement, in dem sie Ingrid Walz zur Ehrenvorsitzenden des FDP Kreisverbandes Stuttgart ernannt hat.*

*Besonders da uns bekannt ist, dass Ingrid Walz „keinen Wert“ auf Ehrungen und Auszeichnungen legt – dies hat sie mit der Ablehnung des Bundesverdienstkreuzes bewiesen – sind wir stolz darauf, dass Ingrid Walz unser Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit, den Ehrenvorsitz der Stuttgarter FDP angenommen hat. Es erfüllt uns mit Stolz, eine solch große Liberale als aktives Mitglied und besonnene Ratgeberin in unserem Kreisverband zu haben.*

*Die Verleihung in feierlichem Rahmen wird in naher Zukunft stattfinden, die Einladung hierfür erfolgt zeitnah.*

### Eingetragene Lebenspartnerschaft landeseinheitlich regeln

Die FDP Stuttgart fordert die FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg auf, darauf hinzuwirken, die Gesetzgebungskompetenz aus § 23 Lebenspartnerschaftsgesetz (Länderöffnungsklausel) dahingehend zu ändern, dass eingetragene Lebenspartnerschaften künftig landeseinheitlich in Fragen der Gebührenfestsetzung und der Örtlichkeit der Schließung der eingetragenen Lebenspartnerschaften geregelt werden und mit den Regelungen für Eheschließungen gleich zu setzen sind.

### Liberaler gegen Nacktscanner

Präambel

Die FDP Stuttgart lehnt den Einsatz so genannter Nackt- oder Ganzkörperscanner in Sicherheits-schleusen öffentlicher Bereiche ab. Diese Geräte erstellen mithilfe einer neuartigen Strahlentechnologie ein detailliertes, dreidimensionales Abbild des menschlichen Körpers, um unter der Kleidung versteckte Fremdkörper zu identifizieren. Ihr Einsatz steht nach dem vereitelten Terroranschlag in Detroit (USA) erneut im Fokus einer öffentlichen Diskussion. Die Forderung entbehrt dabei jeder sachlichen Grundlage, da insbesondere der besagte Anschlagversuch durch den Einsatz der Geräte nicht hätte verhindert werden können. Für die Liberalen ist diese Maßnahme angesichts des allenfalls minimalen Sicherheitsgewinns nicht akzeptabel, sondern stellt vielmehr einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen dar.

Eingriff in die Grundrechte

Bis heute ist nicht evaluiert, welche Daten bei dieser Untersuchung konkret erfasst und gespeichert werden müssen. Grundsätzlich untersuchen heutige Ganzkörperscanner den menschlichen Körper immer vollständig, auch wenn am Anzeigergerät einzelne Bereiche unkenntlich gemacht werden. Diese Erfassung ist ein schwerer Eingriff in die Grundrechte der untersuchten Person und widerspricht der Menschenwürde, ungeachtet etwaiger Bemühungen um die Anonymisierung erfasster Daten. Vollständig anonym kann eine solche Untersuchung niemals sein, denn es muss immer eine Verbindung zwischen Verdächtigem und Scannerbild hergestellt werden können. Auch ein Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit durch den Einsatz entsprechender Geräte kann nicht ausgeschlossen werden, da die langfristigen Gesundheitsgefahren bei häufigem Kontakt mit der eingesetzten Terahertzwellen un-

zureichend untersucht sind.

**Generalverdacht nicht gerechtfertigt**

Die Menschen werden durch immer weitere Sicherheitsgesetze und -maßnahmen unter einen zunehmenden Generalverdacht gestellt. Mittlerweile gilt jeder Reisende als potentieller Terrorist. Die Freien Demokraten sehen in den Scannern einen weiteren Schritt in eine Welt, die ihren Bürgern nicht mehr traut und deshalb erkämpfte Freiheit opfert. Dies ist mit einem liberalen Gesellschaftsentwurf nicht vereinbar.

**Geheimdienste effizient gestalten**

Vollständiger Schutz vor terroristischen Aktivitäten kann nicht durch Nackt- bzw. Ganzkörperscanner erreicht werden. Vielmehr sehen die Freien Demokraten die dringende Notwendigkeit, das bestehende Vollzugsdefizit bei der Terrorabwehr zu schließen. Der Anschlagversuch von Detroit hätte bereits verhindert werden können, bevor der Attentäter das Flugzeug bestiegen hat, wenn die Geheimdienste vorhandene, eindeutige Hinweise auf dessen Pläne effektiv verarbeitet und zur Kenntnis genommen hätten.

**Mediensozialismus abschaffen –  
Drittsendeverpflichtung sorgt für Pfründe,  
nicht für Vielfalt**

Innerhalb einer privaten Fernsehsendergruppe ist der Fernsehsender, der mindestens 10 % des Zuschauermarktanteils erreicht, dazu verpflichtet, einen Teil seiner Sendezeit für Fensterprogramme zur Verfügung zu stellen. Diese Programme werden ohne Einfluss der Fernsehsender von Dritten produziert. Die Sender müssen diese Drittprogramme voll finanzieren und dafür Preise bezahlen, die von den Landesmedienanstalten maßgeblich bestimmt werden. Das System der Drittsendeverpflichtung soll Meinungsvielfalt im Fernsehprogramm sicherstellen. Stattdessen setzt das System falsche Anreize bei Produktionsfirmen und sorgt für schlecht produzierte Programme mit niedrigen Einschaltquoten. Fernsehsender werden gezwungen, willkürlich ausgewählten Unternehmen konkurrenzlos minderwertige Produkte abzukaufen und zu senden.

Die FDP befürwortet eine strenge Konzentrationskontrolle im Medienbereich, um Meinungsvielfalt zu sichern. Die FDP fordert aber die zügige Abschaffung dieser Regelung.

Cannstatter Zeitung vom 15.03.2010

### **FDP zieht Bürgermeisterkandidatin aus dem Ärmel**

Konstanzer Parteichefin Isabel Fezer soll Gabriele Müller-Trimbusch beerben – Duell mit Grünen-Fraktionschef Werner Wölfle.

**Die Bestellung eines Nachfolgers von Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch (FDP) wird spannender als erwartet. Das Vorschlagsrecht für den Posten haben die Grünen, die ihren Fraktionsvorsitzenden Werner Wölfle ins Rennen schicken wollen. Doch die FDP hat sich nach Informationen unserer Zeitung entschieden, mit der einstigen Radolfzeller Bürgermeisterin Isabel Fezer eine eigene Bewerberin aufzustellen.**

Von Elke Hauptmann

Stuttgarts Bürgermeisterin für Soziales, Jugend und Gesundheit, Gabriele Müller-Trimbusch, wird zum 1. September das Rathaus der Landeshauptstadt verlassen. Denn dann hat sie das 65. Lebensjahr vollendet. Für sie wird nun ein Nachfolger gesucht – auch per Ausschreibung. Am 21. April soll das Stellenangebot im Verwaltungsausschuss beschlossen werden, die Veröffentlichung ist am 29. April im Amtsblatt der Stadt und am Tag darauf im Staatsanzeiger vorgesehen, sagt Verwaltungsbürgermeister Klaus-Peter Murawski. Die Entscheidung wird dann am 15. Juli der Gemeinderat treffen.

Ungeachtet der fachlichen Eignung des Bewerbers – es wird eine politische Entscheidung werden. Denn die Bürgermeisterbank im Stuttgarter Rathaus soll, so steht es in der Gemeindeordnung, das Kräfteverhältnis im Gemeinderat widerspiegeln. Das hat sich bei der Kommunalwahl im Juni vergangenen Jahres gehörig verändert: Die Grünen sind bekanntlich stärkste Ratsfraktion geworden. Dementsprechend erheben sie nun Anspruch auf einen zweiten Bürgermeisterposten – und zwar auf die nächste freiwerdende Stelle. Sie pochen auf ihr Vorrecht und verweisen darauf, dass sie bereits 1998, damals noch mit elf Abgeordneten, den Sozialbürgermeister hätten stellen dürfen. Stattdessen aber verzichteten sie – der Tradition im Rathaus folgend, auch bei geänderten Machtverhältnissen im Gemeinderat an bewährten Bürgermeistern festzuhalten – zugunsten einer zweiten Amtszeit von Müller-Trimbusch. Nun geht diese nach 20 Jahren als Stuttgarter Sozialbürgermeisterin in den Ruhestand. Als ihr rechtmäßiger Erbe fühlt sich Grünen-Fraktionschef Werner Wölfle. Der 56-jährige Sozialarbeiter hat schon mehrfach öffentlich sein Interesse am Ressort für Soziales,

Jugend und Gesundheit bekundet. Seine Bestellung galt fast schon als sicher – hätten sich die Gemeinderatsfraktionen einigen können. Doch jetzt steht fest: Die FDP will nicht nachgeben.

Am Samstag haben sich der Kreisvorstand und die Gemeinderatsfraktion einstimmig für eine eigene Bewerberin ausgesprochen: für die FDP-Abgeordnete im Kreistag von Konstanz, Isabel Fezer. Die Vorsitzende des dortigen Kreisverbandes ist eine Empfehlung von FDP-Landeschefin Birgit Homburger. „Sie ist als Kandidatin für den Posten der Sozialbürgermeisterin in der Landeshauptstadt hervorragend geeignet“, bestätigt der Stuttgarter FDP-Chef Armin Serwani auf Anfrage die Personalie. „Wir sind sicher, dass sie durch ihre Vita und ihre Ausstrahlung überzeugen wird und würden es sehr begrüßen, wenn Isabel Fezer antritt.“ Diese habe ihre Bereitschaft zur Kandidatur am Wochenende bekräftigt.

Die 50-jährige Rechtsanwältin ist seit 2008 als Referatsleiterin in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin tätig. Zuvor war sie unter anderem acht Jahre lang Bürgermeisterin in Radolfzell am Bodensee und in dieser Funktion quasi für viele Bereiche der 30 000 Einwohner zählenden Großen Kreisstadt verantwortlich. „Sie hat Verwaltungserfahrung und Sozialkompetenz“, erklärt Serwani. Er sei sicher, Fezer könne Wölfle Paroli bieten. „Die Entscheidung wird knapp“, prophezeit er. In den nächsten Tagen wolle die FDP bei den anderen Gemeinderatsfraktionen für ihre Kandidatin werben.

Warum die FDP unbedingt eine eigene Bewerberin aufstellt? „Wir wollen nicht kampfflos das Feld räumen“, betont Serwani und verweist – genau wie die Grünen – auf die Gemeindeordnung: Wenn bei der Besetzung der Beigeordnetenstellen die Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat berücksichtigt werden sollen, dann könne es nicht sein, dass die FDP, die ja nun fast doppelt so groß ist wie in den Jahren zuvor, nicht mehr auf der Bürgermeisterbank vertreten sei. Er hielt es politisch für falsch, erst in ein paar Jahren, wenn das Personalkarussell im Stuttgarter Rathaus neue Runden dreht, Ansprüche anzumelden. Rein rechnerisch müsste die CDU einen von drei Bürgermeisterposten abgeben – die Amtszeit von Michael Föll endet Ende 2011, die von Kulturbürgermeisterin Susanne Eisenmann 2013 und die von Ordnungsbürgermeister Martin Schairer 2014. Die SPD müsste auf einen von zwei Beigeordneten verzichten, wobei ihr das leichter fallen dürfte, denn Baubürgermeister Matthias Hahn geht Ende 2012 in Rente. Die Amtszeit von Technikbürgermeister Dirk Thürnau dauert bis Ende 2011.

Artikel vom 15.03.2010 © Eßlinger Zeitung



**Wissenschaftspreis 2010 des Deutschen Bundestages – Judith Skudelny ruft zur Teilnahme auf.**

Seit 1989 verleiht der Deutsche Bundestag im zweijährigen Turnus einen Wissenschaftspreis. Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny ruft interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Esslingen und der

Landeshauptstadt Stuttgart auf, sich mit Beiträgen an dem Wettbewerb zu beteiligen. Voraussetzung ist laut Ausschreibungstext, dass die Arbeiten „zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen“.

Berücksichtigt werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Einreichungen durch Dritte. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2010. Details teilen das Referat WD 1 des Deutschen Bundestages unter E-Mail vorzimmer.wd1@bundestag.de und das Wahlkreisbüro von Judith Skudelny unter der Telefonnummer 0711-22097700 gerne mit.

„Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Beiträge aus Baden-Württemberg eingereicht werden. Schließlich gilt Baden-Württemberg als Wiege des deutschen Parlamentarismus“, so Judith Skudelny.

**Keine zweite Startbahn – keine Aufweichung des Nachtflugverbots am Stuttgarter Flughafen.**

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus Leinfelden-Echterdingen erteilt den Ausbauwünschen des Flughafens Stuttgart eine Abfuhr: „Mit der FDP wird es keine zweite Startbahn am Stuttgarter Flughafen geben. Auch eine Aufweichung des Nachtflugverbots steht nicht zur Debatte“, so Skudelny.

„Es ist traurig, dass die SPD Bundestagsabgeordnete Vogt und der SPD Landtagsabgeordnete Drexler permanent mit den Ängsten der Flughafenwohner spielen“, so Skudelny. Die FDP-Politikerin forderte die SPD auf, statt Scheindebatten anzuzetteln, sich wieder konstruktiver an den Zukunftsdebatten in Baden-Württemberg zu beteiligen.

Die Bundestagsabgeordnete – selbst Einwohnerin in Leinfelden-Echterdingen – betonte, dass das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel wettbewerbsfähiger Betriebszeiten an Flughäfen sich nicht auf

Stuttgart beziehe, sondern auf die internationalen Drehkreuze in Deutschland. Ein solches Drehkreuz wird Stuttgart aber nicht werden. Befürchtungen, dass die FDP nach dem Ausscheiden des FDP-Abgeordneten Dr. Noll aus dem Landtag 2011 ihre Haltung ändern werde, bezeichnete Skudelny als haltlos.

Der Nachfolger für Dr. Noll wird erst in der kommenden Woche gewählt, so Skudelny. Eines haben aber alle Kandidaten gemein: Sie stehen für Lärmschutz auf den Fildern und lehnen wie ihr Vorgänger damit jede Diskussion über eine Flughafenerweiterung ab!

**Nächtliches Jubeln erlaubt.**

**Öffentliche Fußball-WM-Übertragungen erhalten Ausnahmeregelung.**

Eine gute Nachricht für die Fußball-WM 2010: Die Bundesregierung beschloss heute ein Verordnung, wonach öffentliche WM-Übertragungen auch nach 22.00 Uhr möglich sind.

„Während der WM 2006 in Deutschland und der EM 2008 haben wir sehr positive Erfahrungen mit dem sogenannten „public viewing“ gemacht. Die Fußballfans waren vorwiegend friedlich, viele Familien haben an den Großveranstaltungen teilgenommen. Solche Veranstaltungen tragen zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei! Die Festschreibung der Ausnahmeregelung trägt diesen positiven Erfahrungen Rechnung“, so Skudelny.

Nach geltendem Recht müsste die Lautstärke bei Live-Übertragungen ab 22.00 Uhr herunter geregelt werden. Eine existierende Sportanlagenlärmschutzverordnung betrifft nur öffentliche Fernsehdarbietungen. Nun können öffentliche Fernsehdarbietungen auch bei der diesjährigen Fußball-WM bis in die Nachtstunden der Stimmung entsprechend laut übertragen und bejubelt werden.

Wer dies jedoch als Freifahrtsschein für Dauer-schallpegel über die gesamte Weltmeisterschaft ansieht, muss enttäuscht werden. Die Ausnahmeregelung gilt nur für die Tage, in denen wirklich ein Abendspiel übertragen wird. „Bei aller Fußball-euphorie darf man die Anwohner nicht vergessen“, sagt Skudelny, denn „deren Interessen müssen auch beachtet werden!“

Skudelny's Fazit: „Ich denke, die Regelung schafft einen guten Ausgleich zwischen allen Interessen. Damit sind wir von politischer Seite aus gut auf die WM in Südafrika vorbereitet“. „Jetzt muss unsere Nationalmannschaft nur noch gute Spiele liefern. Dabei kann die Politik leider nicht helfen.“, so Skudelny.



#### **FDP-Stadträte im Gespräch mit Günther Oettinger.**

Beim diesjährigen Salvator-Fassanstich im Restaurant Brunners in der Stuttgarter Innenstadt kamen die FDP-Stadträte auch zu einem längeren Gespräch mit Günther Oettinger. Der frühere Ministerpräsident und aktuelle EU-Kommissar konnte einige interessante Aspekte der aktuellen EU-Energiepolitik erklären. In netter Atmosphäre kam es zu einem spannenden Gespräch, das seine Fortsetzung finden wird.

#### **Dicke Luft im Rathaus**

Eine Studie des Instituts für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene (IUK) in Freiburg hat ergeben, dass viele Drucker und Kopierer bei ihrem Betrieb große Mengen an Feinstaub ausstoßen. Dies sorgt für dicke Luft – auch im Rathaus. Bei einer Untersuchung hatten die Forscher festgestellt, dass vor allem Menschen mit besonders sensiblen Atemwegen unter Beschwerden durch Laserdrucker und Kopierer leiden. Sie klagten über trockenen Husten und brennende Augen. Noch im Jahr 2003 hat Oberbürgermeister Dr. Schuster auf eine Anfrage der FDP-Gemeinderatsfraktion mitgeteilt, „dass bei sachgemäßem Umgang mit Tonern und bei einem ordnungsgemäßen Betrieb der Geräte KEINE Gesundheitsgefährdung zu erwarten ist.“ Die Umweltwissenschaftler der Uni-Klinik Freiburg sind da anderer Auffassung und meinen, dass Kopierer und Laserdrucker nicht direkt am Arbeitsplatz, sondern in separaten und gut gelüfteten Räumen stehen sollten. Wir fragen daher die Verwaltung: Wie reagiert die Stadt Stuttgart auf diese Studie? Wir wollen gesunde Mitarbeiter und

gesunde Arbeitsbedingungen für städtische Arbeitnehmer.

#### **Energie einsparen**

Die Stadt Stuttgart hat ihren Energiebericht für das Jahr 2008 vorgelegt. In den letzten 32 Jahren konnte die Stadt schon 394 Millionen Euro an Kosten für Heizung, Strom und Wasser einsparen. Wir Liberale meinen, die Zahlen sprechen für sich und verdeutlichen, wie wichtig der sparsame Umgang mit Energie ist. Die Zeiten sind vorbei in denen wir mit der Natur leichtsinnig und rücksichtslos umgegangen sind. Heute verwundert es aber, dass gerade in Zeiten hoher Energiekosten und dem erwähnten steigenden ökologischen Bewusstsein die energetische Sanierung im vermieteten Wohnungsbestand nur schleppend vorankommt. Viele Eigentümer verweisen auf die fehlenden Mittel und die unzureichend staatliche Förderung um solch teure energetische Maßnahmen zu bezahlen. Wir Liberale meinen, dass eine maßvolle

Mieterhöhung zur Deckung der Investitionskosten durchaus gerechtfertigt ist. Für den Mieter entstehen insgesamt keine Mehrkosten, da die Energie-sparmaßnahmen u.a. zu geringeren Heizkosten führen.

#### **Karlsplatz verändert sich.**

Für einen wettbewerbsunerfahrenen Beobachter und Nicht-Architekt, war es beeindruckend, mit welcher Sorgfalt, Kompetenz und Anonymität der beste Entwurf für das Stuttgarter „Quartier am Karlsplatz“ ermittelt wurde. Besonders erfreut waren wir darüber, dass am Ende das Stuttgarter Büro „Behnisch“ den Wettbewerb gewinnen konnte. Unsere Sympathie galt von Anfang an dem Siegerentwurf, da er verspricht zu einem städtebaulichen Highlight in der Innenstadt zu werden. Besonders beeindruckend war die bauliche Akzentuierung an der Sporer-/Münzstrasse durch den transparenten Gebäudeteil. Die trichterförmige Öffnung an der Sporerstrasse und die Platzweiterung vor dem Breuningerbau, welche nun eine uneingeschränkte Sicht von der Markthalle bis zur Holzstrasse erlaubt, machen diese attraktive Flaniermeile zu einem besonderen Einkaufserlebnis. Der klare Gebäudekörper mit der lebhaften hell schimmernenden Dachlandschaft als „fünfte Fassade“ wird zum maßgeblichen Identifikationsmerkmal des Ortes. Es ist auch ein Gedenkort am Ort des Gestapokellers im ehemaligen Hotel Silber vorgesehen. Hier wird jedoch in einem weiteren Wettbewerb nachgearbeitet.

#### **Pädagogisches Konzept.**

Die Verlässliche Grundschule ist ein gutes, aber nicht das optimale Angebot für jedes Kind. Die FDP setzt sich deswegen für den Erhalt der Horte und anderer Betreuungsangebote neben der verlässlichen Grundschule ein. Zur Zeit arbeiten im Betreuungsangebot der Landeshauptstadt „Verlässliche Grundschule“ und „Flexible Nachmittagsbetreuung“ 313 Betreuerinnen in 342 Vormittags- und 99 Nachmittagsgruppen. Ca. 30% der Familien erhalten die Betreuung kostenfrei aufgrund der Bonuscard, wobei der Anteil von Schule zu Schule sehr unterschiedlich ist. Die kostenlose Betreuung und das vergünstigte Essen haben einen hohen Mitnahmeeffekt. In den Gruppen befinden sich immer mehr Kinder mit sozial problematischem Hintergrund. Die Betreuungskräfte beklagen sich über eine stark zunehmende Zahl von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten, die Einzelförderung notwendig hätten. Im gleichen Maße steigen Zerstörung, Gewalt und vor allem der

Lärmpegel. Abhilfe kann unserer Auffassung nach nur ein pädagogisches Gesamtkonzept schaffen, welches wir nun beantragt haben. Verbesserungen der unbefriedigenden Situation sind möglich, wie z.B. durch ein optimiertes Fortbildungsprogramm für die Betreuerinnen und die Einführung einer pädagogische Leitung.

#### **Zum Hotel Silber.**

Auch wir empfinden das Ende des II. Weltkriegs, der Millionen von Menschen in Deutschland und Europa das Leben sowie Hab und Gut gekostet hat, als eine Befreiung vom Faschismus. Eine besonders üble Rolle, auch in Stuttgart, spielte dabei die Gestapo, die ihren Sitz im einstigen Hotel Silber hatte und dort gefoltert und getötet hat. Eine Gedenk- und Dokumentationsstätte halten wir deshalb für sinnvoll. Eine solche ist ja auch in der Planung für das neue Zentrum am Karlsplatz vorgesehen. Das Gebäude des ehemaligen Gestapozentrums im einstigen Hotel Silber an der Dorotheenstraße dafür zu erhalten ist unserer Meinung nach nicht richtig. Solche Vorschläge hätten schon vor Jahrzehnten gemacht werden können. Die FDP-Fraktion hat schon vor langer Zeit – noch im letzten Jahrtausend!! – angeregt, wie auf die Terrorstätte der Nazis besser hingewiesen werden kann. Leider vergeblich. Die zuständigen Landesbehörden haben nicht oder nur unzureichend reagiert, indem sie uns mitteilten, im Inneren des Gebäudes sei ja eine Tafel angebracht.

#### **Feinstaubmessstelle am Neckartor die Zweite.**

Bereits mit Antrag Nr. 424/2006 vom 14.12.2006 hat die damalige FDP-Fraktion die Feinstaubmesswerte der Messstation am Neckartor angezweifelt und bemängelt, dass der Standort keineswegs repräsentative Ergebnisse liefern kann. Wir teilen diese Auffassung.

Die 22. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sagt: „...Daten zu Konzentrationen in anderen Bereichen innerhalb von Gebieten und Ballungsräumen gewonnen werden, die für die Exposition der Bevölkerung im Allgemeinen repräsentativ sind“, sowie „Die Probenahmestellen sollten im Allgemeinen so gelegt werden, dass die Messung sehr begrenzter und kleinräumiger Umweltbedingungen in ihrer unmittelbaren Nähe vermieden wird. Als Anhaltspunkt gilt, dass eine Probenahmestelle so gelegen sein sollte, dass sie für die Luftqualität in einem umgebenden Bereich von mindestens 200 qm bei Probenahmestellen für den Verkehr und mehre-

ren Quadratkilometern bei Probenahmestellen für städtische Hintergrundquellen repräsentativ ist. Die Probenahmestellen sollten so weit wie möglich auch für ähnliche Standorte repräsentativ sein, die nicht in ihrer unmittelbaren Nähe gelegen sind. Es ist zu berücksichtigen, dass Probenahmestellen gegebenenfalls auf Inseln angelegt werden müssen, falls dies für den Schutz der menschlichen Gesundheit erforderlich ist.“

Die Verordnung sagt außerdem:

- Probenahmestellen für den Verkehr sollten in Bezug auf alle Schadstoffe mindestens 25 m von großen Kreuzungen und mindestens 4 m von der Mitte des nächstgelegenen Fahrstreifens entfernt sein.
- Probenahmestellen für den Verkehr sollten zur Messung von Partikeln, Blei und Benzol so gelegen sein, dass sie für die Luftqualität nahe der Baufluchtlinie repräsentativ sind.

Die Verordnung sagt schließlich:

**Dokumentation und Überprüfung der Standortwahl**

Die Verfahren für die Standortwahl sind in der Einstufenphase vollständig zu dokumentieren, z. B. mit Fotografien der Umgebung in den Haupthimmelsrichtungen und einer detaillierten Karte. Die Standorte sollten regelmäßig überprüft und wiederholt dokumentiert werden, damit sichergestellt ist, dass die Kriterien für die Standortwahl weiterhin erfüllt sind.

**Wir beantragen deshalb:**

Die Verwaltung berichtet, in wie weit diesen Vorgaben an den Messstellen Neckartor und Hohenheimer Straße entsprochen wird und legt die Dokumentation der letzten beiden Standortüberprüfungen dem zuständigen Ausschuss vor.

**GRF-Antragsliste**

Gefahr im Krankenhaus: Multiresistente Staphylococcus-Aureus-Stämme (MRSA)  
30.04.2010

Quo vadis Bebauungsplan Bo 111?  
22.04.2010

Katholischer Kindergarten Gallenklinge in S-Botnang  
21.04.2010

Bäderkonzept - die Zweite  
15.04.2010

Verhältnis Bonus- und Familiencard  
17.03.2010

Pädagogisches Gesamtkonzept für die verlässliche Grundschule  
18.03.2010

Dicke Luft im Rathaus - Gefährdung für Mitarbeiter?  
18.03.2010

Feinstaubmessstelle am Neckartor die Zweite  
04.02.2010

Konzeption zur Betriebsentwicklung der Bäder Stuttgart  
04.02.2010

Eigenbeitrag von Kulturinstitutionen  
04.02.2010

Was kostet die Familiencard?  
11.02.2010

Die Anträge finden Sie im Internet:  
[www.stuttgart.de/fdp](http://www.stuttgart.de/fdp)  
Klicken Sie auf > Aktuelles > Anträge

## Stadtgruppe Neckar-Vororte

Liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

in unserer kommenden Sitzung werden wir uns sehr stark mit der anstehenden Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahlen 2011 befassen. Ich möchte Ihnen einen möglichst guten und umfassenden Überblick über die bisherigen Optionen geben und mit Ihnen über die einzelnen Bewerberinnen und Bewerber sprechen.

Daher lade ich Sie sehr herzlich zu unserer nächsten

### Stadtgruppensitzung

**am Donnerstag, 20. Mai 2010 um 19.30 Uhr  
in den Ochsen, Markgräferstraße 6 in  
Stuttgart-Uhlbach, Nebenzimmer 1. Stock**

ein und schlagen Ihnen als Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Aktuelles
2. Kurzer Bericht aus dem Untertürkheimer Bezirksbeirat
3. Landtagswahl 2011 – hier Aussprache und Informationen zu den potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten
4. Kurzer Bericht des Stadtgruppenvorsitzenden aus den vergangenen Kreisvorstandssitzungen
5. Anträge und Aussprache, Verschiedenes.

Bitte tragen Sie sich auch unbedingt **Dienstag, 08. Juni 2010** in Ihren Kalender ein, hier werden im Rahmen der Mitgliederversammlung die Kandidatinnen und Kandidaten für die 2011 anstehende Landtagswahl aufgestellt.

Wir freuen uns auf Ihre zahlreiche Teilnahme.  
Mit liberalen Grüßen  
Ihr  
Michael Marquardt

## Stadtgruppe Weilimdorf



### FDP Stadtgruppe Weilimdorf auf dem Wochenmarkt

Es war kein Aprilscherz: Die FDP Stadtgruppe Weilimdorf baute am 1. April, wie jedes Jahr am Gründonnerstag, ihren gelb-blauen Infostand auf. Auf dem Wochenmarkt am Löwen wurden wieder gelb und blau gefärbte Ostereier an die Marktbesucher verschenkt. Seit 10 Jahren veranstaltet die Weilemer FDP nun diese Aktion. „Es ist mittlerweile eine Tradition entstanden, wir können so auch mal ausserhalb von Wahlkämpfen mit den Bürgerinnen und Bürgern in's Gespräch kommen, die Leute könne sehen, dass wir für sie da sind und wir wissen wo der Schuh drückt“ so das Fazit des Stadtgruppenvorsitzenden, Stadtrat Bernd Klingler.

## Stadtgruppe Stuttgart West

### Presseinformation Stuttgart, 13.04.2010

- FDP-Stadtteilrundgang – Bezirksbeirat Helmut Reusch im Gespräch mit den Bürgern im Westen
- Bebauung Areal „Olgäle“ – FDP Stuttgart-West hat sich erneut für Bauherrengemeinschaften ausgesprochen

Die FDP im Stuttgarter Westen hat am Samstag 10.04.2010 erfolgreich einen weiteren Stadtteilrundgang durchgeführt. Unter Leitung des Bezirksbeirats und ehemaligen Verwaltungsdirektors Helmut Reusch wurde das Gelände rund um das „Olgäle-Areal“ mit vielen interessierten Bürgern erschlossen. Neben den FDP-Stadträten Rose von Stein und Dr. Heinz Lübbe begleitete auch Rüdiger Arendt von der „Zukunftswerkstatt Olgäle 2012“ die Gruppe.

Die FDP Stuttgart-West sprach sich bei der Bebauung des Grundstückes erneut für Bauherrengemeinschaften aus. Dieses Modell soll gerade auch gegenüber Großinvestoren bevorzugt werden. Dazu hat sich Bezirksbeirat Reusch für die FDP klar positioniert: „Aus unserer Sicht lässt sich nur mit dem Modell der Bauherrengemeinschaft eine Mischung aus unterschiedlichen Lebensstilen gewährleisten. Dabei stehen Wohnraum für Familien und generationenübergreifendes Wohnen im Vordergrund. Dies ist nicht nur Bestandteil einer lebendigen Stadtteilgemeinschaft, da geht es auch um die Beauftragung von Handwerkern aus dem Stadtteil und der Region. Das ist in der heute wirtschaftlich schwierigen Zeit eine hervorragende Mittelstandsförderung!“

Die FDP Stuttgart hat seit 2007 zur Förderung von Bauherrengemeinschaften einen klaren Beschluss gefasst. Hierzu heißt es unter anderem: „Wir fordern daher die Stadt Stuttgart auf, Bauherrengemeinschaften als wichtige Möglichkeit zur Realisierung von Wohneigentum in der Stadt verstärkt in die Planung mit aufzunehmen, so wie es im Stadtentwicklungskonzept bereits vorgesehen ist.“

Für die FDP Stuttgart liegen die Vorteile auf der Hand, denn „durch die Individualität der einzelnen Projekte entstehen vielfältige Stadtteile, durch das Engagement in der Gemeinschaft eine lebendige soziale Infrastruktur und eine garantierte städtische Nutzung. Die beschränkte Größe der Einzelprojekte führt zu einer kleinteiligen Mischnutzung und einer guten Verknüpfung von Wohnen und Arbeit. Dies hat positive Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung und erhöht auch dadurch die Lebensqualität im Stadtviertel. [...] Durch die Förderung von Bauherrengemeinschaften lässt sich mit einem geringen finanziellen Aufwand von Seiten der Stadt ein großes Potential zur Entwicklung des Stuttgarter Wohnungsmarkts erschließen.“ heißt es in dem Beschluss der Kreismitgliederversammlung der FDP Stuttgart am 06.11.2007. Der vollständige Beschluss ist im Internet zu finden unter:

[www.fdp-stuttgart.de/~pdf/BeschlussBauherrengemeinschaften.pdf](http://www.fdp-stuttgart.de/~pdf/BeschlussBauherrengemeinschaften.pdf)

### Stadtteilrundgang im Stuttgarter Westen: „Stadterneuerung S28 oder einmal rund ums Olgäle“



Am Samstag den 10.04.2010 führte der Bezirksbeirat Helmut Reusch den Stadtteilrundgang durch den Stuttgarter Westen. Unter dem Titel „Stadterneuerung S28“ ging es im weiten Bogen rund um die derzeitige Kinderklinik im Westen: das „Olgäle“. Neben den beiden Stadträten Rose von Stein und Heinz Lübbe waren wieder einmal über 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger beim Spaziergang durch den Westen dabei.

Die Stadtteilwanderung begann am zentralen Bismarckplatz und nach kurzer Einführung war der erste Zwischen-Stopp das „Rosbollengässle“. Gesprächsstoff lieferte die ab 2012 geplante Tiefgarage, die den Anwohnern den ersehnten Parkraum verschafft, aber auch den ruhigen und begrünten Innenhof bringt. Neben diesem Beispiel der Stadtplanung verlief die Route über den Spielplatz zwischen Bismarck- und Ludwigstraße. Helmut Reusch berichtete hier von mehreren Schritten und Phasen der Neu- und Umgestaltung, bis die Spielfläche nach vielen Jahren von den Anwohnern angenommen wurde. Hier hätten von Anfang an die Anwohner besser miteinbezogen werden können.

An der Hasenbergstraße am Übergang über die Bebelstraße kam Helmut Reusch dann auf das Thema „Olgäle“ zu sprechen und berichtete über den aktuellen Stand bei der Nachnutzung des Geländes. Im Jahr 2012 wird das traditionsreiche Olgahospital umziehen, welches auf dem neuen erweiterten Gelände des Katharinenhospitals untergebracht werden soll. Es verbleibt ein Gelände zwischen Bismarck-, Breitscheid- und Senefelderstraße. In diesem über 16.000 qm großen Baufeld bietet sich ein einmaliges Entwicklungspotential für

den Stadtbezirk. Es sind aber noch einige Punkte offen. So bleibt die zu verabschiedende Geschosshöhe ist ebenso noch zu diskutieren genauso wie die Anzahl der Stellplätze der Tiefgarage.

Die FDP Stuttgart-West schlägt für die Bebauung des Grundstückes das Modell der Bauherrengemeinschaften vor. Nur so lässt sich - im Gegensatz zur Bebauung durch Großinvestoren - eine Mischung unterschiedlicher Lebensentwürfe gewährleisten. Dabei stehen Wohnraum für Familien und Generationen übergreifendes Wohnen im Vordergrund. Dies fordern nicht nur die liberalen Bezirksbeiräte im Westen. Die Stuttgarter FDP hat sich auf einer Kreismitgliederversammlung im Jahre 2007 ebenfalls klar für die Förderung von

Bauherrengemeinschaften in Stuttgart ausgesprochen. Und sogar andere Fraktionen des Bezirksbeirats West sind dieser Überzeugung. Dies zeigt die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Bauens und so hoffen wir auf den Erfolg dieses Modells für das Gelände Olgahospital.

Nach vielen Beiträgen von Helmut Reusch, aber auch der anwesenden Stadträte, bildete ein letzter Hinterhof an der Forststraße den Abschluss des Stadtteilrundgangs. Mit vielen Anregungen ergaben sich auch diesmal wieder Anknüpfungspunkte für einen weiteren Stadtteilrundgang im Stuttgarter Westen. Fortsetzung folgt.

## Infodienst der Jungen Liberalen Stuttgart 2

### Arbeitskreis „Kommunalpolitik“

Wie auf der Jahreshauptversammlung angekündigt, richten wir einen Arbeitskreis zum Thema Kommunalpolitik ein. Dort werden wir uns nicht nur mit den Grundlagen der Kommunalpolitik der JuLis Stuttgart beschäftigen, sondern auch mit aktuellen und konkreten Themen.

Wir freuen uns über jeden, der sich daran beteiligen möchte. Bitte tragt Euch in die Doodle-Abfrage ein, damit wir für die erste Sitzung einen Termin festlegen können, am dem möglichst viele Interessierte Zeit haben. Die Umfrage findet Ihr unter: <http://doodle.com/vx73yf6k38h4pus7>

Den endgültigen Termin erfahrt Ihr dann rechtzeitig über unsere Website, Facebook, etc. und natürlich über unseren Infodienst bzw. Newsletter.

### Freiheit statt Verbote.

#### Forderung nach Rechtsgrundlage für kommunale Alkoholverbote ist inakzeptabel

Zu der Forderung der SPD und CDU, den Konsum alkoholischer Getränke auf öffentlichen Plätzen einzuschränken, erklärte der Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Stuttgart, Sebastian Gratz (19) am Dienstag in Stuttgart:

„Diese Forderung ist unverhältnismäßig und entspringt einem verkorksten Gesellschafts- und Jugendbild. Wer wirklich Gewalt auf öffentlichen Plätzen bekämpfen will, muss bereits geltende Gesetze umsetzen. Mehr Präsenz der Polizei an Brennpunkten ist deshalb der einzige Weg, um Gewalt unter Jugendlichen zu begegnen.“

Die Jungen Liberalen forderten daher Oberbürgermeister Schuster und den gesamten Gemeinderat dazu auf, sich gegenüber dem Landtag klar gegen eine solche Ermächtigungsgrundlage zu positionieren. „Insbesondere in der Symbolfunktion als Landeshauptstadt darf die Stadt Stuttgart keinerlei Initiativen in Richtung wirkungsloser Symbolpolitik starten,“ so Gratz.

Auch das Alkoholverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln der SSB müsse überdacht werden. Man dürfe die Augen nicht vor der Realität verschließen, doch dürften wenige Einzelfälle niemals zu pauschalisierenden Einschränkungen der Rechte aller führen.



den Köpfen der Verantwortlichen noch präsent? Ist die Persönlichkeits- ebenso wie die Lernentwicklung der Kinder im dritten Schuljahr schon soweit vorangeschritten, dass eine Empfehlung ausgesprochen werden kann, wenn gleichermaßen so viele Förderungsmaßnahmen angelaufen sind, um aufzufangen und auszugleichen? Mindert das längere Lernen die soziale Selektion? Werden Schüler ausländischer Herkunft automatisch integriert? Und last but not least: Was bedeutet die Umstellung für die Schulverwaltung, respektive

für die weiterführenden Schulen?

### Sind vier Jahre Grundschule genug?

#### Liberaler Frauen Stuttgart diskutieren aktuelles Bildungsthema

Die Liberalen Frauen, Bezirksvereinigung Stuttgart, diskutierten am 04.03.2010 im Plenum mit hochkarätigen Referenten zur aktuellen Bildungsdebatte.

Nach der Begrüßung durch Gabriele Heise – 1. Vorsitzende Liberaler Frauen, Bezirksvereinigung Stuttgart – stieg man zügig ins Thema ein, um den zahlreichen Gästen und nicht zuletzt den drei Referenten genügend Zeit zur Diskussion und der Darstellung von fachlicher Meinung zu geben. Als „Fach – Diskutanten“ waren an diesem Abend vor Ort:

- Dr. Birgit Arnold, stellv. Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der FDP/DVU-Fraktion im Landtag
- Ulrike Brittinger, Leitende Schulamtsdirektorin, Stuttgart
- Marco Bortolotti – Dipl. Sozialpädagogin und Logopäde.

Susanne Winkler, stellv. Vorsitzende der Stuttgarter Liberaler Frauen, „holte“ das Auditorium in ihrer Hinführung zum Thema ab und lenkte den Blick nochmals gezielt auf den Beginn bzw. die Wurzeln der Debatte: Pro und Contra: „Länger gemeinsam lernen.“

Der Startschuss „Pisa“, die Einführung der Orientierungs- und Bildungspläne 2004, Qualitätsdenken und Evaluation sowie der Reformwunsch einzelner Parteien flankierte die inhaltlichen Überlegungen von Winkler ebenso wie die nachfolgenden Fragen: Ist Bildungspolitik zum Wahlkampfprodukt geworden? Bildungspolitik als Verhandlungsmasse für Koalitionäre? Ist die Aussage aus den späten 70ern „Zum Wohle des Kindes“ in

Dr. Birgit Arnold, Ulrike Brittinger und Marco Bortolotti positionierten sich dazu in klaren, eindeutigen Statements.

Birgit Arnold wies darauf hin, dass es bisher noch keine empirisch belegten Studien gibt: „Wir haben keine Daten!“ Arnold weiter: „Wir brauchen Menschen, die etwas leisten, denn sechs Jahre sind keine Garantie dafür, dass am Ende auch ein Erfolg steht. Die unterschiedlichen politischen Situationen in den Bundesländern untermauern diese Aussage, wenn man den Blick nach Brandenburg und Berlin lenkt. Der Wunsch und Ruf der Eltern geht in diesen Regionen immer mehr zu den Privatschulen“, so die Parlamentarierin in ihren Ausführungen.

Ulrike Brittinger verwies auf die frühkindliche Förderung! In Stuttgart steigt man früher ein und das Konzept der Sprachförderung wird schon erfolgreich umgesetzt. Dies bedeutet, dass Kinder bereits im Alter von 4 Jahren mit ins Boot genommen werden, um gute Startbedingungen für die Schule zu erhalten. Des Weiteren gab sie zu bedenken, dass die soziale Herkunft durch eine Gesamtschule nicht relativiert werden kann. Und nicht zuletzt machte sie einen Exkurs in die Entwicklungspsychologie, die einen Schulwechsel im Alter von 10 bzw. 11 Jahren als zum richtigen Zeitpunkt in Erwägung zieht.

Marco Bortolotti sieht in der Thematik eine politische „Mammutaufgabe“, die es gilt in einer Basisdebatte neu zu überdenken. Er lenkte den Blick auf den soziologischen Aspekt und wünscht sich eine frühere institutionelle Begleitung. Die Punkte „Selbsterfahrung“ und „den Glauben an sich selbst“, sieht er als wichtige Wegbegleiter für eine

positive Entwicklung. Eine zentrale Frage für ihn: „Was wollen wir beibringen?“

Die sich anschließende, sehr intensive und in die Tiefe gehende Diskussion spiegelt wider, dass man in Stuttgart vom „Hamburger Denken“ und der Vorstellung, die Grundschulzeit zu verlängern, weit entfernt ist. Das zusammenfassende Resümee von Diskutanten und den Gästen dieses Abends kann wie folgt umschrieben werden:

Vier Jahre gemeinsames Lernen sind genug. Bildung ist, beginnend mit dem Tag der Geburt – man werfe nur einen Blick in die Landesverfassung – nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht der Eltern!

Der Ausbau verpflichtender Ganztageschulen und Schulzentren auf einem Campus von Haupt-/ Realschule und Gymnasium mit qualifizierten

Kräften, die eine Nachweispflicht für Fortbildungen – was im Moment noch nicht der Fall ist! – haben, muss forciert werden.

Schule soll ein Ort der Begegnung sein, wo neugierige und offene Menschen zusammenfinden, voneinander lernen und profitieren, um sich zu selbstbewussten, selbständigen und zu verantwortungsvollem Handeln fähigen Menschen mit Werten und Zielen in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft zu entwickeln!

Für die Liberalen Frauen – Bezirksvereinigung Stuttgart – steht nach diesem Abend außer Frage: das Thema Bildung steht auch zukünftig auf Platz 1 der Agenda!

Weitere Informationen zu den Liberalen Frauen im Internet: [www.liberales-frauen-bw.de](http://www.liberales-frauen-bw.de)



## Winfried Schulz, 50 Jahre FDP-Mitglied

Artikel aus „Blick vom Fernsehturm“  
Ein Liberaler mit Blick für das Soziale



Winfried Schulz hatte es nicht leicht mit der FDP. Seit 50 Jahren hält er der Partei trotzdem die Treue. Von Cedric Rehm

Die Gäste spielten Skat und tranken ihr Bier. Die Biberacher störte es nicht, dass sie sich auf einer Wahlkampfveranstaltung des FDP-Landtagskandidaten Winfried Schulz befanden. Vielmehr interessierte es sie nicht, sagt Schulz: „Sie waren wenigstens so höflich und haben nicht laut gegähnt oder mich unterbrochen.“ 1972 kandidierte er zum ersten Mal für die FDP, der er seit 1959 angehört. Es war auch das letzte Mal. „Der Wahlkreis war damals so fest in der Hand der CDU, dass ich als reiner Zählkandidat ins Rennen gegangen bin“, sagt Schulz.

Schulz trat nur an, weil kein anderer wollte. Das ist so seine Art, wenn es um Parteiarbeit geht. „Ich bin ziemlich pflichtbewusst“, sagt er über sich. Im Grunde war er nie ein Wahlkämpfer, der gern aussteigt. Dazu steckt zu viel norddeutsche Konsensnatur in dem 74-Jährigen, der 1936 in Wilhelmshaven geboren wurde. Lieber erledigte er das, was jedem Politiker vom Typ Rampensau ein Gräuelpol ist: Die Organisation. „Ich war immer Kanalarbeiter“ sagt er mit Stolz. So heißen in der Politik die guten Geister, die im Hintergrund für ein reibungsloses Funktionieren des politischen Apparats sorgen. Dafür hat ihn die FDP jetzt ausgezeichnet: Mit der goldenen Ehrennadel für seine 50-jährige Mitgliedschaft.

Schulz trat nur an, weil kein anderer wollte. Das ist so seine Art, wenn es um Parteiarbeit geht. „Ich bin ziemlich pflichtbewusst“, sagt er über sich. Im Grunde war er nie ein Wahlkämpfer, der gern aussteigt. Dazu steckt zu viel norddeutsche Konsensnatur in dem 74-Jährigen, der 1936 in Wilhelmshaven geboren wurde. Lieber erledigte er das, was jedem Politiker vom Typ Rampensau ein Gräuelpol ist: Die Organisation. „Ich war immer Kanalarbeiter“ sagt er mit Stolz. So heißen in der Politik die guten Geister, die im Hintergrund für ein reibungsloses Funktionieren des politischen Apparats sorgen. Dafür hat ihn die FDP jetzt ausgezeichnet: Mit der goldenen Ehrennadel für seine 50-jährige Mitgliedschaft.

1959 trat er mit 23 Jahren den Liberalen bei. Er handelte mit seinem Eintritt in eine Partei anders als viele Gleichaltrige, die in den Wirtschaftswunderjahren nach 1950 eher an ihrem privaten Glück arbeiteten oder die Politik ablehnten, weil die NS-belastete Elterngeneration sich in Schuld verstrickt hatte. Soziologen sprechen von der skeptischen Generation. „Da ist etwas Wahres dran, mit Politik hatten wenige etwas am Hut“, sagt Schulz. „Ich wollte gegen die Extremen kämpfen und mich nicht einfach raushalten.“ Dabei war der Student der Sozial- und Politikwissenschaften durchaus

aufgeschlossen für Moden, die dem Rückzug ins Privatleben einen intellektuellen Anstrich gaben. Er las französische Schriftsteller hörte Chansons und war begeistert, als er mit einem Stipendium 1958 für ein Jahr die Universität Lyon besuchen konnte. Frankreich, besonders der freiheitsbezogene Existenzialismus französischer Schriftsteller wie Jean Paul Sartre, stand nach 1950 bei Studenten in ganz Westeuropa in hohem Kurs. „Ich entsprach dem Klischee, indem ich mir in Lyon angewöhnte, filterlose Zigaretten zu rauchen“, sagt Schulz.

Besonders der etwas gemächlichere Gang der Dinge reizt ihn bis heute am Alltag der westlichen Nachbarn: „Selbst in Supermärkten geht es persönlicher zu als in Deutschland. Die Kassiererinnen finden tatsächlich noch die Zeit, ein paar Worte miteinander oder mit den Kunden zu wechseln.“ Mit seiner Frau Elke, die wie er aus Norddeutschland stammt, reist er mindestens einmal im Jahr nach Frankreich. Dort übt er sein Französisch und achtet darauf, einen deutschen Akzent zu vermeiden. In seiner schwäbischen Heimat hat Schulz dagegen keine Hemmungen mit niedersächsischem Zungenschlag zu sprechen. Er fühlt sich nicht fremd in seiner schwäbischen Wahlheimat. Er und seine Frau bereiten Maultaschen selbst zu genau wie Grünkohl mit Pinkel, die deftige Spezialität aus dem Norden. Seine norddeutsche Herkunft habe aber etwas damit zu tun, dass er den Konsens schätzt und den Krawall scheut: „Der Hamburger Helmut Schmidt hat mir mit seiner diplomatischen Art mehr als Franz Josef Strauß mit seinen Provokationen. Da fehlte mir als Norddeutscher das Einfühlungsvermögen für die bayerische Mentalität.“ Die politische Kultur in Deutschland orientiert sich in Schulzes Augen wohl etwas zu sehr an Franz Josef Strauß. Er beklagt heftig einen Verlust an Fairness bei Politikern aller Parteien. In Talkshows mit den üblichen Köpfen aus Regierung und Opposition wird für seinen Geschmack zu viel gestritten und zu wenig debattiert. Auch FDP-Parteichef Westerwelle provoziere ihm zu stark: „Viele Betroffene haben die Äußerungen über Hartz IV als Beleidigung empfunden, auch wenn Westerwelle das so nicht meint“.

Schulz erwähnt oft den „kleinen Mann“ und seine Interessen, wenn er begründet, warum er sich politisch engagiert. Als Mitglied des Landesvorstands der Liberalen Senioren Initiative sowie des Stuttgarter Seniorenrats besucht er Altenheime und Krankenhäuser und setzt sich mit dem Thema Altersarmut auseinander. Das Soziale hat der Liberale fest im Blick. Dass das manche verwun-

dert, trifft ihn: „Im Parteibuch der FDP steht doch nirgendwo, dass ich kein Herz haben darf.“

### Zur Person von Winfried Schulz, Diplomsozialwirt

#### Politik

Wichtige Stationen seiner Arbeit für die Liberalen:

- 1959 - 1963 Kreisvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten in Wilhelmshaven
- 1966 - 1970 Geschäftsführer des Bezirksverbandes des Südwürttemberg-Hohenzollern der FDP in Reutlingen mit Betreuung von 17 Kreisverbänden
- 1972 - 1976 Kreisvorsitzender der FDP Reutlingen

#### Beruf

Winfried Schulz hat während seiner 37jährigen Berufszeit 30 Jahre für den Volkshochschulverband Baden-Württemberg in Stuttgart und Leinfelden gearbeitet und war als Fachreferent für berufliche Weiterbildung in der Abteilung „Arbeit und Beruf“ organisatorisch verantwortlich für die Entwicklung von Lehrplänen, beruflichen Prüfungsabschlüssen sowie für die Fortbildung der Kursleitenden der Volkshochschulen.

### Dr. Hans-Ulrich Rülke zu Gast bei der Stuttgarter LIM

„Die Baden-Württembergische Wirtschaft und die Krise“ – unter diesem Motto stand die Veranstaltung, zu der der Stuttgarter Kreisverband der Liberalen Initiative Mittelstand gemeinsam mit der Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH in deren Kanzleiräume in der Augustenstraße eingeladen hatte. Rund 60 Teilnehmer, darunter viele Vertreter mittelständischer Unternehmen, waren dieser Einladung am 13.04.2010 gefolgt, ebenso wie der Gastredner des Abends, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Vorsitzender der FDP/DVU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden der LIM Stuttgart, Reinhold Uhl, und den Leiter des Stuttgarter Büros von Luther, Rechtsanwalt Frank Gutsche, informierte Rülke in seiner knapp einstündigen, sehr engagierten Rede die Zuhörer über die Auswirkungen, die die Krise auf Baden-Württemberg hat. Und er gestand ein: die Landespolitik könne die Wirtschaft nicht aus der Krise führen, sie könne lediglich Hilfestellung leisten, um die Folgen abzumildern und Rahmenbedingungen schaffen, damit die Unternehmen im Land wieder erfolgreich am Markt agieren könnten. Nach Ansicht von Rülke zählen dazu neben einer Steuerreform auf Bundesebene, die die Mittschicht entlastet, Investitionen in Bildung und in die Verkehrsinfrastruktur. Rülke bekannte sich klar zum Projekt Stuttgart21 und forderte den Bund auf, nach etlichen Jahren der vorrangigen Investitionen insbesondere in den östlichen Bundesländern nun vermehrt den Südwesten zu berücksichtigen. In der anschließenden sehr regen Diskussion wurde deutlich, dass insbesondere das Thema „Kreditklemme“, aber auch die Frage von Steuervereinfachung und Bürokratieabbau die Unternehmen bewegt. Noch lange wurde auf dem anschließenden Stehempfang mit dem Liberalen Frontmann, der sich viel Zeit für die Anliegen der Teilnehmer nahm, über Wege aus der Krise diskutiert. Am Ende waren sich alle einig: es war eine sehr gelungene, informative Veranstaltung. Wirtschaft und Politik müssen im Gespräch bleiben, die LIM bietet dazu das ideale Umfeld.

Gabriele Heise, stellv. Vorsitzende LIM Kreisverband Stuttgart

**Der Kreisverband und die Redaktion wünschen Ihnen im neuen Lebensjahr viel Glück und Gesundheit.**

**Gerda Futterknecht**  
Stadtgruppe Feuerbach  
01.04.1939 – 71 Jahre

**Wolf Dieter Wieland**  
Stadtgruppe Süd  
29.04.1943 – 67 Jahre

**Hans Manfred Roth**  
Stadtgruppe Bad Cannstatt  
25.05.1936 – 74 Jahre

**Günther Willman**  
Stadtgruppe Bad Cannstatt  
02.04.1928 – 82 Jahre

**Gerhard Walz**  
Stadtgruppe Ost  
30.04.1935 – 75 Jahre

**Alexander Brecht**  
Stadtgruppe Plieningen/Birkach  
25.05.1945 – 65 Jahre

**Hans Reinhard Schäfer**  
Stadtgruppe Ost  
07.04.1943 – 67 Jahre

**Inge Momm**  
Stadtgruppe Plieningen/Birkach  
30.04.1939 – 71 Jahre

**Ingo Grimm**  
Stadtgruppe Bad Cannstatt  
26.05.1944 – 66 Jahre

**Dr. Werner Schairer**  
Stadtgruppe Weilimdorf  
09.04.1941 – 69 Jahre

**Heidi Wagner**  
Stadtgruppe Zuffenhausen  
02.05.1945 – 65 Jahre

**Klaus Wolff**  
Stadtgruppe Stammheim  
27.05.1941 – 69 Jahre

**Dr. Udo Dangel**  
Stadtgruppe Ost  
12.04.1942 – 68 Jahre

**Prof. Dr. Karl Stahr**  
Stadtgruppe Süd  
05.05.1945 – 65 Jahre

**Ulrich Scholtz**  
Stadtgruppe Sillenbuch  
29.05.1944 – 66 Jahre

**Dr. Reinhard Schwarz**  
Stadtgruppe Nord  
17.04.1942 – 68 Jahre

**Gerhard Klingner**  
Stadtgruppe Süd  
10.05.1920 – 90 Jahre

**Rolf Heinrich Selter**  
Stadtgruppe Ost  
17.04.1945 – 65 Jahre

**Manfred Hopfe**  
Stadtgruppe Plieningen/Birkach  
16.05.1939 – 71 Jahre

**Gerda Eisele**  
Stadtgruppe Ost  
22.04.1950 – 60 Jahre

**Holger Heinfried Eberle**  
20.05.1940 – 70 Jahre

**Monika Schiele**  
Stadtgruppe Degerloch  
24.04.1943 – 67 Jahre

**Markus Truckenmüller**  
Stadtgruppe Sillenbuch  
21.05.1928 – 82 Jahre

**Rolf Kieser**  
Stadtgruppe Botnang  
25.04.1941 – 69 Jahre

**Heidi Geissreiter**  
Stadtgruppe Degerloch  
21.05.1941 – 69 Jahre

**Bernhild Walter**  
Stadtgruppe Botnang  
25.04.1943 – 67 Jahre

**Dorothea Kocher**  
Stadtgruppe Weilimdorf  
22.05.1938 – 72 Jahre

**Roland Ulmer**  
Stadtgruppe Plieningen/Birkach  
26.04.1937 – 73 Jahre

**Agnes Jülkenbeck**  
23.05.1940 – 70 Jahre

**Hansdieter Beck**  
Stadtgruppe West  
26.04.1940 – 70 Jahre

**Wolfgang Rietdorf**  
Stadtgruppe Süd  
24.05.1945 – 65 Jahre

## Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster ehrt Günther Willmann

Günther Willmann erhält Auszeichnung zum Sportpionier



Am Freitag, den 26. März 2010 fand in der Landeshauptstadt die 49. Auszeichnung der Sportpioniere und Spitzensportler im Rathaus statt. Auftakt und Begrüßung alljährlich durch Günther Kuhnigk – Sportamtsleiter – mit der Premiere des Sportjahresfilms „Stuttgart Sport 2010“. Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster verdeutlichte

in seinem sich anschließenden Grußwort „Sport ist in unserem Rathaus etwas Wichtiges“ und dankte den 271 Sportlern und Sportlerinnen, die sich in 440 Sportvereinen erfolgreich engagieren und wettkämpfmäßig großartig punkten. Dr. Schuster weiter „Sport ist ein hervorragendes Medium zur Integration!“ Er wies darauf hin, dass sich die Vereine darauf einstellen müssen, die Vernetzung vom Vorschulbereich bis in die Schulen tatkräftig zu unterstützen. „Denn“, so der Oberbürgermeister, „Sport macht schlau!“ Auch als Senior/ in aktiv und mobil zu sein, noch dazu über Jahrzehnte als Funktionär/in im Ehrenamt, diese Leistungen können nicht all zu viele Sportler/innen vorweisen. Umso mehr freute sich OB Schuster an diesem Abend auch Günther Willmann für sein langjähriges Engagement im Sport auszeichnen zu können.

Günther Willmann`s Tätigkeiten für den Stuttgarter Sport sind facettenreich: Sprecher im Neckarstadion für den VfB Stuttgart, offizieller Stadionsprecher der Landeshauptstadt Stuttgart bei Fußball- Länderspielen und anderen Veranstaltungen, auch in der Leichtathletik, Sprecher bei Aktionen des Sportkreises Stuttgart, Moderation „Tag der offenen Tür“ für den Sportkreis Stuttgart sowie Sprecher der Sportjahresfilme der Landeshauptstadt Stuttgart! Willmann unterstützte mit seiner Tätigkeit viele Organisationen; so als Moderator beim Sportlerball des Stuttgarter Wochenblatts mit dem Sportkreis Stuttgart, mit zahlreichen Interviews des Rundfunks im Sport und Rundfunksendungen speziell für Skilauf und Wandern und last but not least als FDP-Mitglied im Gemeinderat und Sportausschuss des Landeshauptstadt Stuttgart von 1989 – 2009. Das Stadtoberhaupt würdigte den großen Einsatz von Günther Willmann.

Die FDP Stuttgart gratuliert Günther Willmann sehr herzlich für die Auszeichnung zum Sportpionier bei der Sportmeisterehrung 2010 durch Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster.

### In eigener Sache:

stuttgartliberal benötigt Unterstützung und sucht Freiwillige, die Lust an Redaktionsarbeit haben. Wer Interesse hat, bei stuttgartliberal mitzuwirken, meldet sich bitte bei der Kreisgeschäftsstelle, Frau Gabi Zoller, Tel. 0711.62 15 84  
Wir freuen uns!

## Impressum

FDP-Kreisverband Stuttgart  
Weißenburgstraße 29  
70180 Stuttgart  
Tel. 0711.62 15 84  
Tax. 0711.62 48 70  
E-Mail [info@fdp-stuttgart.de](mailto:info@fdp-stuttgart.de)

V.i.S.d.P. Armin Serwani  
Layout: Oliver Cibic

**Wirtschaft mit Zukunft  
Schwerpunkte liberaler Politik  
von Marion Carola Heß**



**Nachdem die – noch bescheidene – Erholung** unserer Wirtschaft voranschreitet, muss der Blick der Politik sich auf Notwendigkeiten der Zukunft richten. Unsere Bundespolitiker müssen alles dafür tun, dass sich eine hausgemachte Notlage wie die Finanzkrise des letzten Jahres mit ihren unermesslichen

Einbrüchen in allen Bereichen der Wirtschaft nicht wiederholen kann. Der Schwerpunkt von Landes-, Regional- und Kommunalpolitik aber muss sich anderen Themen zuwenden, die die Situation der Menschen verbessern helfen:

1. Das Nebeneinander von großen, mittleren und kleinen Betrieben hat sich in der Krise ebenso bewährt wie die Möglichkeit, über Kurzarbeitsregelungen einen größeren Einbruch auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Da sind Tarifparteien wie Politiker zu loben. Aber bei aller Zukunftseuphorie bzgl. neuer Produkte und Märkte wie z.B. der Elektromobilität: Die seitherigen Brotbringer gerade in unserer Region, Kraftfahrzeug- und Maschinenbau samt ihren Zulieferern, dürfen nicht plötzlich vernachlässigt werden. Gerade die Forschungskapazitäten der Wirtschaft sind neben den öffentlichen Forschungseinrichtungen ein wichtiger Garant für marktnahe Entwicklungen und Produkte. Man sägt nicht ein Standbein ab, solange man kein neues hat!

2. Mit Blick auf die Altersstruktur unserer Bevölkerung muss wieder ein Schwerpunkt beim wohnortnahen Einkauf gesetzt werden. Die Bemühungen von Land und Region, die großflächigen Märkte auf der grünen Wiese in Grenzen zu halten, sind da zu loben. Wenn unser Wirtschaftsminister Ernst Pfister in großen Sorge darauf hinweist, dass „zu wenig Läden im Ländle“ vorhanden seien, dann ist das eine dringende Aufforderung an die Kommunalpolitik, bei Entwicklungen und Erschließungen nicht nur an die Autofahrer zu denken, sondern auch die wachsende Zahl von Menschen zu berücksichtigen, deren Mobilität altersbedingt nachläßt, und deren Selbstversorgung ebenfalls sichergestellt werden muss. Nicht zurück zu „Tante Emma“, aber

Kaufkraft in den Innenstädten binden, da hat die Politik viele Gestaltungsmöglichkeiten.

3. Die Entwicklung der Zahl der Schulabgänger zeigt deutlich, dass auch unser Raum in Zukunft im Wettbewerb um qualifizierte junge Menschen stehen wird. Wie besser als mit guter Bildungspolitik sind solche Menschen bei uns zu binden oder hierher zu gewinnen?! Wichtige Signale sind gesetzt, die liberale Bildungspolitik im Lande, die jedes Kind zu einem erfolgreichen Schulabschluss mitnehmen will, liegt richtig. Aber genau da setzt auch neben staatlicher Bildung eine Notwendigkeit der Wirtschaftspolitik an: Die kleinen und mittleren Unternehmen haben seither den größten Beitrag an beruflicher Bildung geleistet. Das muss so bleiben, und das setzt wiederum eine Wirtschaftspolitik voraus, die auf einen gesunden Mix von kleinen, mittleren und großen Betrieben setzt.

Mittelstand, demographischer Wandel und Bildungspolitik: Hier müssen aus gutem Grund wesentliche Schwerpunkte liberaler Politik der kommenden Jahre liegen.

**Kreisvorstand**

- Di 04.05.10 19:00 Kreisvorstandssitzung, Kreisgeschäftsstelle Weißenburgstraße 29  
 Di 25.05.10 19:00 Kreisvorstandssitzung, Kreisgeschäftsstelle Weißenburgstraße 29  
 Di 08.06.10 18:00 Kreisvorstandssitzung, Ratskeller Stuttgart

**Kreisverband**

- Di 08.06.10 19:30 Wahlkreis-konferenz, Aufstellung der Landtagskandidaten/innen,  
 Ratskeller Stuttgart

**Stadtgruppen**

- Mo 03.05.10 19:30 Degerloch, Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königstraße 58  
 Mo 03.05.10 19:30 Nord, Ristaurante Il Capriccio, Presselstraße 23  
 Mi 05.05.10 19:30 Süd, Gaststätte Emilie, Mozartstraße 49  
 Fr 07.05.10 19:30 Vaihingen, mit Florian Toncar MdB, Alte Kelter, Kelterberg 5  
 Do 20.05.10 19:30 Neckarvororte, Ochsen Uhlbach, Markgräflerstraße 6  
 Do 20.05.10 19:30 Plieningen/Birkach, Zehntscheuer Plieningen  
 Di 25.05.10 19:00 Bad Cannstatt, Kursaal Taubenheimzimmer  
 Mo 31.05.10 19:30 Nord, Ristaurante Il Capriccio, Presselstraße 23  
 Mi 02.06.10 Ost, mit Judith Skudelny MdB  
 Mi 09.06.10 19:30 Süd, Gaststätte Emilie, Mozartstraße 49  
 Di 15.06.10 19:30 Degerloch, Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königstraße 58

**Junge Liberale – JuLis**

- Di 04.05.10 20:00 Stammtisch, Gaststätte Paulaner, Rotebühlplatz-Stadtmitte  
 Mi 12.05.10 18:00 „JuLis Go Bowling“ Kneipentour, City-Bowling Stuttgart, Schloßstraße 28

**Liberale Frauen - LIF**

- Do 06.05.10 19:30 „Älter werden ohne alt auszusehen“, Referentin Liane Bott-Voelker,  
 Institut für Ganzheitskosmetik  
 Mi 16.05.10 19:30 „Länger gemeinsam lernen – Verlängerung der Grundschulzeit“,  
 Arbeitssitzung, Restaurant Plenum im Landtag, Konrad-Adenauer-Straße 3

**Liberale Initiative Mittelstand – LIM**

- Mo 10.05.10 19:00 Kreisvorstandssitzung, Ratskeller, Marktplatz 1

**Liberale Senioren Initiative – LSI**

- Di 04.05.10 15:00 Jour Fixe, Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königstraße 58, Degerloch  
 Di 01.06.10 15:00 Jour Fixe, Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königstraße 58, Degerloch

FDP-Kreisverband Stuttgart  
Weißenburgstraße 29  
70180 Stuttgart  
Tel. 0711.62 15 84  
Tax. 0711.62 48 70  
E-Mail [info@fdp-stuttgart.de](mailto:info@fdp-stuttgart.de)